

Religiös verankerte Werte
sind Basis und Orientierung

Selbstverpflichtung für eine christlich- demokratische Politik

Maria Flachsbarth

Schon in der Frage nach dem „Christlichen in der Politik“ klingt das Spannungsfeld an, in dem sie sich bewegt: Politik, politisches Handeln spielt sich immer vor beziehungsweise in einem spezifischen geschichtlichen Zusammenhang ab. Es ist also beeinflusst durch die Rahmenbedingungen, die staatliche Organisationsform und die Erfahrungen, durch die ihre Bürger geprägt sind. Die Wertvorstellungen des christlichen Glaubens, die dem politischen Handeln als Wertfundament und Motivation zugrunde liegen, bestehen dagegen aus einem nicht verhandelbaren Kern, ausgehend von der religiösen Wahrheit. Das spezifisch Christliche in der Politik beruht somit auf Inhalten des Evangeliums. Natürlich musste im Lauf der zweitausend Jahre des Christentums immer wieder darum gerungen werden, was diesen Kern genau ausmacht.

Diese „Elemente des Glaubens“ müssen nun Eingang finden in das politische Handeln, indem sie in Bezug gesetzt werden zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen und in ein realistisches Verhältnis zu den geschichtlichen und sozialen Bedingungen, vor denen sich christlich motivierte Politik heute vollzieht. Damit hier kein Missverständnis aufkommt: Die Berücksichtigung gesellschaftlich-pluraler Verhältnisse bedeutet nicht, in Beliebigkeit oder Relativismus zu fallen. Sie bedeutet zunächst, dass wir uns fragen müssen, welche Herausforderungen sich aus den gegebenen Bedingungen für christdemokratische

Politik, die diesen Namen verdient, ergeben. Daraus ergibt sich von selbst, dass es für uns ein beständiger Auftrag ist, um die Bedeutung des „C“ zu ringen.

Dabei ist es selbstverständlich, dass sich aus religiösen Inhalten kein konkretes politisches Programm ableiten lässt. Das Evangelium nimmt keine Lösungen für politische Einzelfragen vorweg, es zeigt vielmehr Optionen auf. So kann der christliche Glaube Leitplanken geben – er liefert gewissermaßen die Folie, vor der sich dann politische Lösungsansätze finden müssen. Das Christentum liefert als Orientierung die unveränderlichen und unveräußerlichen Werte der Würde und der Gleichwertigkeit jedes einzelnen Menschen, unabhängig von seiner Religion, seiner Hautfarbe, seinem Geschlecht oder anderen identitätsprägenden Merkmalen.

Es erscheint sinnvoll, die weiterführenden Überlegungen zum Christlichen in der Politik entlang dreier Fragen zu skizzieren, die drei verschiedene Dimensionen beschreiben. Zunächst die anthropologische Dimension: Auf welches Bild vom Menschen gründet unsere Politik? Sie führt wiederum zu der entscheidenden Frage nach dem christlichen Menschenbild. Sodann die Frage der gesellschaftlichen, wenn man will, soziologischen Dimension: In was für einer Gesellschaft leben wir, und wie stellt sich das Verhältnis zur Religion in dieser Gesellschaft dar? Und zuletzt die im engeren Sinne politische Dimension: Was folgt daraus für unser politisches Handeln?

Christlich-demokratische Politik gründet auf dem christlichen Menschenbild: „Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Das christliche Verständnis vom Menschen gibt uns die ethische Grundlage für verantwortliche Politik.“ Was aber heißt das?

Christliches Menschenbild

Nach christlichem Verständnis verdankt der Mensch sein Leben und die Welt, in der er lebt, dem Schöpfergott. Er ist nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Biblisch gesprochen: „Dann sprach Gott: Lasst uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich. Sie sollen herrschen über die Fische des Meeres, über die Vögel des Himmels, über das Vieh und über die ganze Erde und über alle Kriechtiere auf dem Land. Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.“ (Gen 1,26 ff.)

Der Mensch ist also von Gott zur Freiheit und zur verantwortlichen Herrschaft über die Erde berufen. Das impliziert, dass der Mensch nicht als „frei von allem“ in die Welt gestellt wurde, sondern dass er mit einer Freiheit *zu* einem Handeln ausgestattet ist, die ihn verpflichtet. Der Mensch ist durch die ihm unverdient geschenkte Freiheit sich selbst, seinen Mitmenschen und seinem Gott gegenüber verantwortlich.

Durch den Herrschaftsauftrag über die Erde und seine Mitgeschöpfe ist ihm die Bewahrung der Schöpfung anvertraut. Prägend für das Menschsein ist auch, dass der Mensch in einen sozialen Zusammenhang gestellt wird, er ist immer Mitglied einer Gemeinschaft, in der er lebt. Papst Johannes Paul II. beschreibt diese soziale Eingebundenheit in seiner Enzyklika *Redemptor Hominis*: „Der Mensch in seiner Einmaligkeit – weil er ‚Person‘ ist – hat seine eigene Lebensgeschichte und vor allem eine eigene Ge-

schichte seiner Seele. Von der intentionalen Öffnung seines Geistes und zugleich von den zahlreichen und so verschiedenen Bedürfnissen seines Leibes und seiner irdischen Existenz bestimmt, schreibt der Mensch diese seine persönliche Geschichte durch zahllose Bindungen, Kontakte, Situationen und soziale Strukturen, die ihn mit anderen Menschen verbinden; und dies tut er vom ersten Augenblick seiner irdischen Existenz an, angefangen bei seiner Empfängnis und Geburt. Der Mensch in der vollen Wahrheit seiner Existenz, seines persönlichen und zugleich gemeinschaftsbezogenen und sozialen Seins – im Bereich der eigenen Familie, auf der Ebene der Gesellschaft und so vieler verschiedener Umgebungen, auf dem Gebiet der eigenen Nation oder des eigenen Volkes oder vielleicht auch nur des eigenen Klans oder Stammes, schließlich auch im Bereich der gesamten Menschheit ...“

Nach diesem Verständnis vom Menschen kann Christsein nicht folgenlos bleiben. Weil der Mensch als Ebenbild Gottes dafür verantwortlich ist, den Lebenszusammenhang, in den er gestellt wurde, gottgefällig beziehungsweise menschenwürdig mitzugestalten, ist er zum gesellschaftspolitischen Handeln fast gezwungen. Würde der Christ sich nicht einmischen, würde er sich seiner Mitverantwortlichkeit entziehen und würde sich damit vor seinem Gewissen und der Autorität Gottes des Unterlassens wider besseres Wissen schuldig machen.

Gleichzeitig ist dem Menschen auch das Wissen um seine Grenzen geschenkt. Es ist kein Zeichen menschlicher Mangelhaftigkeit, dass allein Gott die Allmacht vorbehalten ist und nicht der Mensch das Maß aller Dinge ist. So ist der Christ im politischen Handeln um ein Mehrfaches entlastet: Sein Wissen darum, dass er sein Dasein allein der göttlichen Gnade verdankt, schützt ihn vor Anmaßung und be-



Der Mensch
als Ebenbild Gottes
ist dazu berufen,
seinen Lebens-
zusammenhang
menschenswürdig
mitzugestalten.
(Schnorr-Bibel,
Julius Schnorr
von Carolsfeld,
1794–1874.
„Der sechste
Schöpfungstag“.
1. Mose 1,26,
Holzschnitt).
© picture-alliance/
akg-images,
Foto: akg-images

wahrt ihn gleichzeitig vor dem nicht einlösbaren Anspruch, alles vermögen zu müssen. Das Wissen um Fehlerhaftigkeit und Vergebung – unter der Voraussetzung des eigenen ehrlichen Bemühens – sind daher wichtige Bedingungen christlich motivierten Handelns in der Politik.

Verhältnis der Religion zur modernen Gesellschaft

Da jede Gesellschaft auch von ihrer Verfassung geprägt ist, möchte ich zwei Merkmale unseres Staatswesens herausgreifen: *Erstens* fußt unser Grundgesetz, das nach den Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts dem Totalitarismus eine klare Absage erteilt, in seiner Werteordnung, die sich besonders in den Grundrechten niederschlägt, auf dem christlich-jüdischen Erbe. Ich meine daher, dass Christen – natürlich nicht ausschließlich, aber in besonderem Maße – dazu verpflichtet sind, diesen Grundrechten zur Durchsetzung zu verhelfen beziehungsweise wachzurütteln, wo sie verletzt oder infrage gestellt werden.

Zweitens ist unser freiheitlich-demokratischer Verfassungsstaat ein säkularer Staat. Der Staat identifiziert sich selbst mit keiner Religion, wir leben also nicht in einem „christlichen Staat“. Allerdings bedeutet die Trennung von Staat und Kirche nicht, dass das öffentliche Leben frei von Religion zu sein hat – ganz im Gegenteil sieht unsere Verfassung die Zusammenarbeit von Staat und Kirche auf bestimmten Feldern vor, so zum Beispiel beim konfessionellen Religionsunterricht in staatlichen Schulen, bei der Militärseelsorge oder bei den theologischen Fakultäten. Aufgrund unserer Geschichte und wegen ihrer Verwurzelung in breiten Schichten der Bevölkerung ist diese Kooperation besonders mit den beiden großen christlichen Kirchen etabliert. Der Einfluss des Christentums ist nicht nur in der Werteordnung des Grundgesetzes und auf den bewährten Feldern der Zusammenarbeit von Staat und Kirche, sondern auch in unserer geistig-kulturellen Landschaft sichtbar, und das soll auch so bleiben.

Allerdings gilt für die beiden letztgenannten Felder nicht, dass die christlichen Kirchen eine Monopolstellung innehaben: Sowohl zum Charakter des säkularen Staates und einer pluralen Gesellschaft als auch zur Wahrnehmbarkeit von Religion in der Öffentlichkeit gehört, dass die Vielfalt vertreten ist, die bei uns zu Hause ist. Um dies an einem Beispiel deutlich zu machen: Da die Menschen verschiedenen Religionen angehören, gehören neben den Kirchen ebenfalls die Synagogen und Moscheen zum Erscheinungsbild unseres Landes. Staat und Politik führen den Dialog mit allen Kirchen und Religionsgemeinschaften. Wir erkennen damit an, dass sie unverzichtbare Beiträge für die Wertebildung in unserem Land und für den sozialen Zusammenhalt erbringen und durch ihre Strukturen und sozialen Einrichtungen beispielsweise auf dem Feld der sozialen Arbeit oder der Bildung vieles leisten, was allen Mitgliedern unserer Gesellschaft zugutekommt. Davon profitiert letztendlich auch wieder der Staat.

Das berühmte Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde beschreibt diesen Zusammenhang. „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“

Nicht allen ist die positive Dimension dieses Beitrages bewusst: Neben einer verbreiteten Gleichgültigkeit oder Distanz zu den verfassten Kirchen gibt es europaweit starke, einander gleichsam entgegengesetzte Strömungen: Einerseits erstarkt ein teilweise aggressiver Atheismus – die Werbetouren von Bussen mit der Aufschrift „Wahrscheinlich gibt es Gott nicht“ in europäischen Großstädten sind nur ein Beispiel dafür. Andererseits ist von einem Wiedererstarken der Religionen die Rede, und der Wunsch nach Orientierung wird auch in einer vermehrten Suche nach religiösen Bewegungen spürbar. Evangelikale Gruppierungen, neue geistige Gemeinschaften oder auch esoterische Strömungen erfahren regen Zulauf. Nicht zuletzt scheint die sichtbare Präsenz des Islam dazu zu führen, dass die Religion als ein wichtiger Baustein der Identitätsfindung wieder stärker ins Bewusstsein rückt.

Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung

In einer pluralen Gesellschaft sind alle Mitglieder gezwungen, um die besseren Argumente zu ringen, sich also dem verbalen Wettstreit um die Deutungshoheit und die Lösung von Problemen auszusetzen. Dies gilt auch für die christliche Stimme in der Politik. Dabei mögen wir es bedauerlich finden, dass das Christentum keine selbstverständliche Größe in unserer Gesellschaft mehr ist, sodass Symbole und Praktiken, teilweise auch normative Grundlagen, die bisher Gemeingut waren, zunehmend erklärungs- und begründungspflichtig werden. Dies gehört jedoch zum Erscheinungsbild einer modernen, freiheitlichen Gesellschaft. Allerdings dürfen wir den Pluralismus und seine Vielfalt an Weltanschauungen und Meinungen nicht mit Beliebigkeit verwechseln. Stellvertretend für die christliche Position, ist es Papst Benedikt XVI., der immer mahnt, dass Pluralismus nicht

Individualismus ohne Bindungen bedeutet: „Einen klaren Glauben zu haben, gemäß dem Credo der Kirche, wird oft als Fundamentalismus hingestellt. Während der Relativismus, also das ‚Hin-und-Hergetrieben-Sein vom Widerstreit der Meinungen‘, als die einzige Einstellung erscheint, die auf der Höhe der heutigen Zeit ist. Es konstituiert sich eine Diktatur des Relativismus, die nichts als definitiv anerkennt und die als letztes Maß nur das Ich und seine Bedürfnisse lässt.“

In jüngster Zeit hat in den Feuilletons eine teilweise hitzige Debatte darüber stattgefunden, ob die Union dem Anspruch des „C“ noch gerecht werde. Der kritische Unterton dieser Debatte ist überraschend: Selbstverständlich ist ein „C“ im Namen kein Selbstläufer, sondern eine Selbstverpflichtung, sich bei jeder einzelnen Entscheidung zu fragen, was aus der Berufung auf das christliche Menschenbild für die Sachlage folgt, und sich dabei bewusst zu sein, dass es die eine richtige gegenüber vielen falschen Lösungen nicht gibt. Zugleich lässt sich das „C“ nicht für bestimmte politische Strömungen vereinnahmen. Erzbischof Reinhard Marx bringt es auf den Punkt, wenn er beim Neujahrsempfang des Erzbistums München und Freising 2010 sagt, der Begriff des Christlichen sei nicht identisch mit „konservativ“. Das Christentum erschöpfe sich nicht im Bewahren einer Vergangenheit, sondern habe Zukunftspotenzial. Es vermittele auch den Mut zur Fantasie, mit bewährten Werten neue Wege zu beschreiten.

Bewahrung der Schöpfung

Um dies zu veranschaulichen, sollen zwei konkrete Beispiele herausgegriffen werden, bei denen die christliche Motivation in unserem politischen Handeln besonders zum Tragen kommt. Das sind die Bewahrung der Schöpfung und der Einsatz für weltweite Religionsfreiheit.

Versteht man die Erde als ein Geschenk Gottes, resultiert daraus die

Pflicht zur Bewahrung der Schöpfung. Die Natur ist zu bewahren in ihrer Vielfalt, Schönheit und Größe, weil sie ein Wert an sich ist und Erbe der gesamten Menschheit. Natürlich gilt auch bei diesem vielseitigen Auftrag, wie eingangs betont, dass er kein politisches Lösungsmodell für (beispielsweise) den Umweltschutz anbietet. Aber die Bewahrung der Schöpfung gibt die Linie vor, nach der verfügbare Ressourcen, Nahrung und sauberes Trinkwasser zwischen den Völkern und den Generationen gerecht verteilt werden müssen oder das Klima und die Artenvielfalt geschützt werden müssen, damit die Erde überall für die jetzigen und künftigen Menschen bewohnbar bleibt. Deshalb entspricht es christdemokratischer Grundüberzeugung, wenn Deutschland im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative ein Pilotprojekt zur Erhaltung des indonesischen Regenwaldes fördert – ein wichtiges Biotop für viele vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten sowie einer der weltweit bedeutenden Kohlenstoffspeicher.

Deshalb ist ein anderes aktuelles Anliegen deutscher Umweltpolitik zu begründen, das sich um ein internationales Abkommen gegen Biopiraterie bemüht. Zahlreiche Organismen, die Inhaltsstoffe oder genetische Informationen erhalten, die wirtschaftlich nutzbar sind – etwa für Medikamente oder Biotechnik –, sind in Entwicklungsländern beheimatet. Wenn aus deren Ressourcen nun gewinnbringende Produkte auf der ganzen Welt entwickelt werden, müssen die Herkunftsländer Anspruch auf eine Gewinnteilung haben. Ein umfassendes Abkommen gegen Biopiraterie sorgt daher beim Schutz der biologischen Vielfalt nicht nur für einen fairen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, sondern auch für eine faire Beteiligung der ärmeren Staaten an ihrem eigenen ökonomischen Potenzial.

Ebenso ist der Klimaschutz eine weitere der zentralen Aufgaben, die eine christlich motivierte Politik in den kommenden Jahren auch auf internationaler Ebene angehen muss. Gerade unter der Perspektive der Nachhaltigkeit reichen punktuelle Maßnahmen hier nicht aus, sondern es ist ein grundlegender struktureller Wandel notwendig, bei dem die technologische Weiterentwicklung, wie zum Beispiel der Ausbau erneuerbarer Energien, im Vordergrund stehen muss. Auch die Art unseres Umgangs mit hochgiftigen chemischen oder strahlenden Abfällen ist eine Frage der ethischen und politischen Integrität – es ist nicht gerecht, den Nachkommen die Verantwortung für die Entsorgung der Abfälle zu überlassen, die frühere Generationen verursacht haben.

Einsatz für weltweite Religionsfreiheit

Der Einsatz für weltweite Religionsfreiheit ist ein Markenzeichen christlich-demokratischer Politik, vor allem in der Außen- und Menschenrechtspolitik. Aus der Überzeugung heraus, dass es elementarer Bestandteil eines gelingenden Lebens ist, seinen Glauben frei bekennen und gemeinsam mit anderen leben zu dürfen, versteht es sich von selbst, dass wir uns international für die Achtung dieses Rechtes einsetzen müssen. In vielen Staaten werden Menschen wegen ihres Glaubens diskriminiert und verfolgt oder sind gar Gewalt oder Todesdrohungen ausgesetzt. Das Schicksal dieser Menschen geht uns besonders an, unabhängig davon, welcher Religion sie angehören. Religionsfreiheit ist ein universelles Menschenrecht, das erst dort seine Grenzen findet, wo die Grundrechte anderer Menschen verletzt werden. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf unsere christlichen Glaubensgeschwister, deren Lage als Minderheit in vielen Staaten drama-

tisch ist. Ihnen solidarisch beizustehen und immer wieder an die zuständigen Regierungen zu appellieren, ihre Rechte zu schützen, ist ein Gebot geschwisterlicher Solidarität und bedeutet keine Herabsetzung anderer religiöser Gruppierungen. In den letzten Jahren hat uns besonders die Situation der christlichen Minderheit im Irak und in Indien beschäftigt. Diese Regionen müssen wir weiterhin aktiv im Blick behalten. Auch die Lage nicht muslimischer Minderheiten in der Türkei erfüllt uns mit Sorge. So ist beispielsweise die Existenz des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel im Südosten der Türkei – eines der ältesten christlichen Klöster überhaupt – wegen andauernder Gerichtsverhandlungen um Eigentum an Grund und Boden seit Jahren ungewiss. Hier besteht die Verpflichtung, nicht an Beistand nachzulassen und sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene dafür zu sorgen, dass die Öffentlichkeit von der oftmals dramatischen Situation bedrängter Christen erfährt. Dies kann nur gelingen, wenn Kirchen, Politik und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten, wie sie es beispielsweise im Einsatz für die Aufnahme irakischer Flüchtlinge erfolgreich getan haben, von denen viele wegen ihres Glaubens aus Angst um ihr Leben nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können.

Das Feld der Herausforderungen, auf dem christliche Elemente in der Politik zum Tragen kommen, ist unendlich weit. Nicht umsonst ist die Gretchenfrage in Goethes Faust: „... doch sag, wie hast du's mit der Religion?“ die alles entscheidende Frage. Auch für christdemokratische Politik gilt, dass sie sich immer wieder auf ihre eigenen Wurzeln und Wertgrundlagen besinnen und konkrete Entscheidungen auf ihre Übereinstimmung mit diesem Fundament kritisch hinterfragen muss.